

MENSCHLICHE SICHERHEIT

Spielraum oder Falle für die feministische Friedenspolitik?

Franziska Müller

Ob die Spuren kunterbunten Stadtlebens, wachsende Armut im globalen Süden, häusliche Gewalt oder die steigende Mobilität von Menschen weltweit – in den letzten 15 Jahren werden immer mehr gesellschaftliche und politische Phänomene als Sicherheitsaspekt beschrieben und als Sicherheitsproblem verhandelt. Damit vermehren sich auch die Unsicherheiten, welche nach Gegenmassnahmen rufen. Schutz gefährdeter Menschen und Investitionen in Entwicklung einerseits, Kriegsgewalt, Kontrolle und Repression andererseits sind die Antworten auf die „neuen“ Bedrohungen aller Art, und sie lassen sich in ihren Auswirkungen nicht immer so genau auseinander halten. Mittlerweile ufern Sicherheitsüberlegungen weit über ihr angestammtes Gebiet der Aussenpolitik und der Justiz- und Polizeiarbeit hinaus und prägen alle Lebens- und Politikbereiche. Inzwischen wissen städtische Gorilla Girls sich vor dem Auge der Überwachungskamera zu performen, und feministische Friedenspolitikerinnen nutzen den Wettbewerb verschiedener Sicherheitskonzepte, um Menschen- und Frauenrechte, Gleichstellungsforderungen und Empowerment ins Spiel zu bringen.

Welche Sicherheit?

Das Ende des „Kalten Krieges“, die globale Durchsetzung der neoliberalen Ökonomie – samt den ersten Anzeichen ihrer Krisenanfälligkeit – sowie die Zunahme innerstaatlicher Konflikte mit einer wachsenden Zahl ziviler Opfer haben dazu geführt, dass die internationale Politik sich mit veränderten Problemlagen konfrontiert sah, für deren Regelung und Bewältigung die nationalstaatlich definierte Sicherheitspolitik nicht mehr griff. Die Sicherheitsdiskurse vervielfältigten sich, neue AkteurInnen mischten sich ein. Vor allem die Entwicklungspolitik beförderte – nicht zuletzt als Reaktion auf Effizienzprobleme – ein Sicherheitskonzept, welches über ihr Feld hinaus Wirkung entfaltete: die Menschliche Sicherheit. Im Gegensatz zur Kollektiven Sicherheit geht dieses Konzept von den Bedürfnissen der Individuen aus und stellt deren Sicherheitsbelange in den Mittelpunkt der Analyse und der Handlungsansätze. Aus dieser Perspektive offenbaren sich die jeweiligen Lebensbedingungen sowie die Kategorien soziale Schicht, Geschlecht und Herkunft, welche diese prägen, als zentrale Faktoren von Sicherheit, respektive deren Bedrohung. Damit wird die politische, ökonomische und ökologische Verfasstheit einer Gesellschaft zum Sicherheitskriterium. Tatsächlich sah es eine Zeitlang so aus, als würde in den internationalen Institutionen Menschliche Sicherheit zum wegleitenden Prinzip der internationalen Politik. Aussenministerien, internationale Organisationen, staatliche Entwicklungsagenturen und Nicht-Regierungsorganisationen übernahmen das Konzept zügig; das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA nannte seine Politische Abteilung IV «Sektion Menschliche Sicherheit».

Erweitertes Sicherheitsverständnis

Der Paradigmenwechsel von der kollektiven/nationalstaatlichen Sicherheit zu einem erweiterten Verständnis von Sicherheit, welches soziale, ökonomische, politische, ökologische physische und psychische Unsicherheiten einschloss, bot sich an, den erweiterten Friedensbegriff in verschiedenen Politikfeldern zu verankern, wie ihn feministische Friedensforscherinnen und PromotorInnen ziviler Konfliktbearbeitung seit langem forderten. Überhaupt verdankt die Menschliche Sicherheit viele Erkenntnisse der feministischen Forschung. Für Bedrohungslagen, wie sie dieses erweiterte Sicherheitskonzept fasst, hatten Frauenbewegungen und feministische Theorie bereits relevante Diskurse entfaltet. So haben sich feministische Ökonominen wie Diane Elson und Isabella Bakker sehr früh mit den sozio-ökonomischen Bedrohungen durch die Strukturanpassungsprogramme befasst und die systematische Ausblendung der Care Arbeit des Versorgens und Fürsorgens durch die

Mainstream-Ökonomie kritisiert. Südfrauen Netzwerke wie AWID und DAWN sowie WIDE¹ entlarvten die negativen Auswirkungen der Finanzkrisen der frühen 1980er Jahre in Asien und Lateinamerika auf die Lebensbedingungen und die Stellung der Frauen. Immer wieder thematisierten Forscherinnen wie Betty Reardon und Frauenorganisationen Gewalt gegen Frauen und arbeiteten dabei den Zusammenhang von Innen- und Aussenpolitik sowie von individueller und struktureller Gewalt heraus.² Damit praktizierten sie ein erweitertes Sicherheitsverständnis, welches die ungleichen Geschlechterverhältnisse als zentralen Aspekt von Unfrieden begreift. Was Ann Tickner unter dem Begriff «multidimensionale Sicherheit» auf der analytischen und politischen Ebene forderte, entsprach bereits der Menschlichen Sicherheit.

Diesen Friedenspolitikerinnen, Forscherinnen, Aktivistinnen und Netzwerken verdanken wir denn auch wichtige Referenzdokumente für die feministische und genderorientierte Friedenspolitik: Die Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 erklärte Gewalt gegen Frauen auch in der Privatsphäre zum Handlungsbereich von Staaten und der internationalen Gemeinschaft. Das Kapitel «Frauen und bewaffnete Konflikte», der Pekinger Aktionsplattform von 1995 ist ein Meilenstein für die geschlechtersensitive Konfliktbearbeitung und die Partizipation der Frauen auf allen Entscheidungsebenen. Die fünf Jahre später vom Uno-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit ist Resultat der in der Aktionsplattform formulierten Vorgaben und der erfolgreichen, international vernetzten Friedensakteurinnen.³

Versicherheitlichung politischer Debatten

Auf das Konzept der Menschlichen Sicherheit, seine diskursive Verbreitung und seine lückenhafte politische Umsetzung haben feministische (Friedens-)Politikerinnen also keinesfalls gewartet. Von Anfang an begleiteten sie den Prozess der „Versicherheitlichung“ politischer Diskurse und Praktiken kritisch. Denn er drohte, die Menschenrechte als institutionell und finanziell relativ gut ausgestaffierten Referenzrahmen zu marginalisieren und das Ziel der (Geschlechter-)Gerechtigkeit im Zugang zu Ressourcen und in der Anerkennung von Differenzen zu verwässern. Dem Schlüsseldokument, dem Report der Commission on Human Security an den Uno-Generalsekretär von 2003, fehlte denn auch jeglicher geschlechterpolitische Biss. Frauennetzwerke, Aktivistinnen und Forscherinnen gaben ihm die Note ungenügend für den Umgang mit Sicherheitserwägungen von Frauen, besonders mit Gewalt gegen Frauen im Alltag und mit reproduktiven Rechten. Dem Advisory Board on Human Security, welches seither die Empfehlungen der Kommission umsetzen soll, fehlen die institutioneller und finanziellen Voraussetzungen, um nicht nur in der Entwicklungspolitik, sondern auch in den Männerdomänen der Friedens- und Sicherheitspolitik einen tatsächlichen Paradigmenwechsel durchzusetzen.

„Menschlich“ oder „männlich“?

Auf der konzeptuellen Ebene ist es Forscherinnen und Politikerinnen, internationalen Nichtregierungsorganisationen und Frauennetzwerken in den letzten Jahren gelungen, die Sicherheitsdiskurse aus einer Geschlechterperspektive zu prägen und dafür zu sorgen, dass das Menschliche sich nicht nur auf männliche Sichtweisen und Interessen beschränkt. Heute werden Häusliche Gewalt, sexualisierte Kriegsgewalt, die Verbreitung von Kleinwaffen, die militärische

¹ AWID Association for Women's Rights in Development (1982), DAWN Development Alternatives with Women for a New Era (1984), WIDE Women in Development Europe (1985). Die Schweizer Plattform WIDE Switzerland wurde Ende 2008 gegründet und arbeitet als Netzwerk von NGO-VertreterInnen, WissenschaftlerInnen und AktivistInnen zu Gender, Ökonomie und Entwicklung: www.wide-network.ch

² Die Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ bietet Raum, um die Zusammenhänge zwischen direkter Gewalt und Diskriminierung aufzuzeigen, sich zu engagieren und zu informieren. Sie wird von der feministischen Friedensorganisation cfd koordiniert und findet jeweils vom 25. November bis 10. Dezember statt: www.16tage.ch

³ Die Schweiz verabschiedete 2007 einen ersten Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Uno-Sicherheitsrats-Resolution 1325, 2010 steht eine zweite Auflage an. Das Dokument findet sich auf der EDA-Seite „Frauen und Konflikte“, www.eda.admin.ch/eda/de/home/topics/peasec/peac/confre/congen.html

Konfliktbearbeitung und die Privatisierung von Sicherheit durchaus als Sicherheitsrisiko problematisiert. Und das Verständnis, dass die hierarchischen Geschlechterverhältnisse diese für Frauen ungleich grösseren Bedrohungen mit verursachen, ist gewachsen. Ernsthafte Militarismuskritik, verlinkt mit der Frage nach der Rolle von Männlichkeitskonzeptionen bleibt jedoch noch weitgehend den Feministinnen und kritischen MännlichkeitsforscherInnen überlassen.

Abwehr statt Solidarität

Aus feministisch-friedenspolitischer Sicht hat jede Sicherheitsperspektive einen grundsätzlichen Nachteil, der sich durch eine kritische Praxis nicht beheben lässt: In einer Sicherheitsfigur ist immer die Wahrnehmung einer Bedrohung angelegt. Diese aktiviert Ängste, schafft Bereitschaft zu Feindbildern und Festungsmentalität und provoziert Abwehr – das Gegenteil von Mitmenschlichkeit, Solidarität, Empathie und Teilen also. Prävention und längerfristige transformative Strategien haben keinen Platz in einem Szenario, das darauf angelegt ist, Sicherheitsrisiken zu finden und zu bekämpfen. Dies freut das private Sicherheitsbusiness ebenso wie eine Armee, die sich durch Diversifizierung gross hält, denn es bedeutet Wertschöpfung in cash und symbolisch. Für differenzierte Analysen der Ursachen von Unsicherheit und Unfrieden muss also auch in Zeiten Menschlicher Sicherheit weiter gekämpft werden, umso mehr als die Konstruktion von Bedrohungen und sicherheitsbedrohlicher Gruppen zur gesellschaftlichen Haupttätigkeit geworden ist. Genauer zu durchleuchten wären auch die Argumente und Mechanismen zur Schutzbehandlung bedrohter Personen und Gruppen: Wer spricht, von welchem Standpunkt aus, mit welchem Interesse und Ziel? Was bedeutet es für das Machtverhältnis zwischen Frauen und Männern, wenn gesellschaftliche, rechtliche und soziale Fragen zunehmend unter dem Begriff der Sicherheit, wenn auch einer „menschlichen“ behandelt werden? Werden sie zu Sicherheitsproblemen, welche sicherheitspolitisch, sprich militärisch oder polizeilich gelöst werden?

Definitionsmacht beanspruchen

Der Blickwechsel zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff hat sich letztlich realpolitisch nicht wirklich niedergeschlagen. Ein Konzept, welches Bedrohungen aus der Optik der Individuen festmacht, verlangt eigentlich nach kontextualisierten Ansätzen und zivilen Massnahmen. Schon vor 9/11 zeichnete sich jedoch die Beschwörung globaler Bedrohungen wie Terrorismus, organisierte Kriminalität und unkontrollierte Migration ab. Als Antwort auf diese Phänomene setzten sich militärische Attacken und sicherheitspolitische Repression weitgehend durch und verengten den Sicherheitsbegriff hinterrücks aufs Neue. Hinterrücks, weil Angriffskriege wie in Afghanistan oder Irak nicht zuletzt mit der Rettung der Menschlichen Sicherheit der Bevölkerung und der Befreiung der unterdrückten Frauen begründet wurden.

Der individuums- und kontextbezogene Ansatz allein genügt also nicht, um die Menschliche Sicherheit von Frauen zu erhöhen. Die Verknüpfung mit der Machtfrage und dem Empowerment als Prozess der Machtgewinnung bleibt unerlässlich. Heute stellt sich weniger als vor knapp zwanzig Jahren, als Menschliche Sicherheit in Mode kam, die Frage, ob Frauen überhaupt in diesen Diskurs einsteigen sollten, als wo es in den grassierenden Sicherheitsdebatten viel versprechende Denk- und Handlungsspielräume gibt. Diese können Feministinnen füllen und nutzen: Sie können in der Logik des Konzepts Menschliche Sicherheit, verengte Sicherheitskonzepte und ihre gewaltvolle Durchsetzung in Frage stellen. Und sie können ihre Themen und Ansätze in die Sicherheitsdebatten einzubringen, um Definitionsmacht zu erlangen. Denn gerade die nicht akzeptierten und mit aller Macht aus dem Diskurs ausgeschlossenen Fragen um Militarismus und Ökonomie bergen Veränderungspotential.

Sicherheitsrisiko Militarismus

Menschliche Sicherheit bleibt auch in der Schweizer Politik eine Angelegenheit, welche an die friedenspolitische Abteilung der Aussenpolitik und an die Entwicklungszusammenarbeit delegiert wird. Dies zeigt sich erneut im Sicherheitspolitischen Bericht 2010 des Bundesrates. Zwar werden in der

Einleitung Aspekte der Bedrohung Menschlicher Sicherheit wie Klimawandel und Armut aufgezählt. Geht es dann aber um Strukturen, Massnahmen und ihre Finanzierung, behält das Militärische die Oberhand. Der Bericht spiegelt Realitäten: Im Rahmen von Auslandseinsätzen übernimmt das Militär Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit und des Aufbaus ziviler Sicherheitsinstitutionen und entzieht damit der zivilen Konfliktbearbeitung Kompetenz, Profil und präventive Orientierung. In der Schweiz drängt das Militär überschüssige Wehrpflichtige zum Dienst in zivile Räume, an Sportanlässe, Volksfeste und Gewerbeausstellungen. Die mit der Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht neu lancierte Debatte hebt die Armee und die militarisierte Männlichkeit erneut aufs Podest und beschwört Angriffsängste. Dieses Terrain werden feministische Friedenspolitikerinnen keinesfalls den rückwärts gewandten Sicherheitsstrategen überlassen.

Bedrohliche Männlichkeitskonzepte

Militarismus ist, gut erforschte mehrfach belegt, eine grosse Bedrohung für Frauen und spielt eine tragende Rolle bei der Zementierung der hierarchischen Geschlechterordnung. Trotzdem kratzen weder die VerwalterInnen Menschlicher Sicherheit noch die Förderinstitutionen der Uno-Resolution 1325 an diesem Zusammenhang. Ergreifen wir also die Gelegenheit, um dem Zusammenhang zwischen Militarismus, Unfrieden und Unsicherheit zu monieren, bestenfalls in Vernetzung mit der kritischen Männlichkeitsforschung, welche sich für alternative Männlichkeitskonzepte stark macht, zuhause, in der Politik, im sozialen Engagement, und in den Budgetdebatten.

Sicherheitsdiskurse bieten auch ein Fenster, um andere hegemoniale Männlichkeiten in den kritischen Blick zu nehmen, welche eine reale Bedrohung für die Sicherheit von Frauen darstellen. Zum Beispiel den Homo oeconomicus, das Modell des Nutzenmaximierers, der eigeninteressiert, rational und befreit von allen Bindungen dem ultimativen Gewinn zustrebt. Pikanterweise und vielsagend erreichen Human Security Angelegenheiten kaum je Budgetrelevanz. Auf der Ebene der Makroökonomie und in globalen Finanz- und Wirtschaftsfragen greift der Diskurs der Menschlichen Sicherheit überhaupt nicht.

Recht auf Mobilität

Nationale Sicherheit und ihre Sicherung kommen weiterhin zum Zug, vor allem dann, wenn es um Mobilität, Migration und Flucht geht. Die daraus abgeleiteten Sicherheitsvorkehrungen beschränken – oft unter dem Deckmantel des Schutzes – die geografische und die soziale Mobilität von Frauen. Im Rahmen von Kampagnen gegen Frauenhandel und Zwangsheirat den Subjektstatus der Frauen zu respektieren und den Schutz der Opfer mit Empowerment zu verbinden, ist auch für feministische Friedenspolitikerinnen eine Herausforderung. Wie können wir den Sicherheitsbegriff füllen mit Zugängen, welche die Wahrung der Frauenrechte in Krieg und Frieden unterstützen? Wie können wir eine nicht-diskriminierende, nicht-sexistische und nicht-rassistische Politik gestalten, damit Sicherheit nicht als Ausschlussargument aufgrund von Herkunft und Geschlecht missbraucht wird?

Auch im Rahmen eines erweiterten Sicherheitsverständnisses lassen sich enge Normen propagieren. Welche Frau kennt nicht den warnenden Rat, sich besser nicht hierhin oder dorthin zu begeben, den Platz zu räumen, statt den Raum als Herausforderung zu begreifen und zu durchstreifen?

Kürzlich beschloss die internationale Agentur für humanitäre Angelegenheiten auf Empfehlung der Women's Refugee Commission, humanitären Hilfspaketen Brennmaterial zum Kochen beizufügen, um der Gefahr der Vergewaltigung von Frauen und Mädchen während des Sammelns von Feuerholz ausserhalb der Flüchtlingslager ein Ende zu setzen. Für Frauen hat diese Massnahme unterschiedliche Bedeutungen: Eine grosse Arbeitsentlastung, die Möglichkeit, die externe Gefahrenzone zu meiden, aber auch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Verweis in die (un)sichere Unterkunft.

Das Beispiel zeigt die Abhängigkeit von Sicherheitsbedenken von Individuen und ihrem Kontext – und belegt damit eigentlich den Ansatz und Anspruch des Konzepts der Menschlichen Sicherheit. Es entlarvt aber auch die Widersprüchlichkeit aller Sicherheitspolitiken: Die Frau ist weg, die Bedrohungszone bleibt unter der Macht der Täter.

Es gibt viele Politikfelder und Spielräume für Frauen um sich in die sicherheitspolitischen Debatten einzumischen: Als Referenz und Wegweiser stehen ihnen die Menschen- und Frauenrechte, CEDAW, die Aktionsplattform von Peking und das Gleichstellungsgesetz zur Verfügung. Ihre Forderung bleibt Gewaltfreiheit auch im eigenen Haus und auf dem nächtlichen Spaziergang. Ihr Ansatz ist das Empowerment von Frauen verschiedener Herkunft und an verschiedenen Orten. Ihre Praxis ist die Verknüpfung von innen und aussen, von privat und öffentlich. Als Proviant stärkt sie Vernetzung und Solidarität.

Juni 2010

Franziska Müller ist Programmverantwortliche für Friedenspolitik der feministischen Friedensorganisation cfd in Bern. Ihr Studienhintergrund sind Geschichte und Medienwissenschaften, mit Abschluss und Hauptinteresse in Gender and Cultural Studies.

Literatur

security check – sicherheitsdebatten feministisch durchleuchtet, cfd-Dossier 2007. Zu beziehen bei cfd, info@cfd-ch.org

Human Security = Women's Security? Keine nachhaltige Sicherheitspolitik ohne Geschlechterperspektive. Tagungsdokumentation mit Texten von Gitti Hentschel, Ilse Lenz, Bettina Schneider, Claudia von Braunmühl, Astrid Ritter-Weil, et al, 2007. Zu beziehen bei der Heinrich-Böll-Stiftung: info@boell.de

Barbara Lüthi, Patricia Purtschert (Hg.): Sicherheit und Mobilität – Sécurité et mobilité. Traverse, Zeitschrift für Geschichte – Revue d'histoire, Band 2009

Trojanow, Ilija und Zeh, Juli: Angriff auf die Freiheit: Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte. Hanser, 2009

Asha Hans, Betty A. Reardon (Ed.): The Gender Imperative Human Security Vs State Security. Routledge India, May 2010